vinetur

Ausschuss des EU-Parlaments spricht sich für Gesundheitskennzeichnung aller alkoholischen Getränke aus

Die mit 27 zu 8 Stimmen angenommene Entschließung fordert strengere Werberegeln, um Minderjährige besser vor Alkoholwerbung zu schützen.

Dienstag, 6. Oktober 2026



Europäische Abgeordnete sind einer Unterstützung strengerer Gesundheitsvorschriften für die Kennzeichnung und Werbung von Alkohol einen Schritt näher gekommen. Im Rahmen der umfassenderen EU-Strategie zur Krebsbekämpfung verabschiedeten sie eine Ausschussentschließung, die gut sichtbare Gesundheitsinformationen auf allen alkoholischen Getränken und verstärkte Maßnahmen gegen Alkoholkonsum Minderjähriger fordert.

Der Text wurde in Straßburg vom Ausschuss für öffentliche Gesundheit des Europäischen Parlaments mit 27 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen. Im Rahmen der Überprüfung des „Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung“ wird er nun in den kommenden Wochen dem gesamten Parlament zur Abstimmung im Plenum vorgelegt.

Die Entschließung unterscheidet ausdrücklich zwischen Alkoholkonsum im Allgemeinen und dem, was sie als „schädlichen Alkoholkonsum“ bezeichnet. Zugleich fordert sie die Europäische Kommission auf, Gesetzesvorschläge vorzulegen, die „gut sichtbar“ angebrachte Gesundheitsinformationen auf allen alkoholischen Getränken vorschreiben und durch digitale Kennzeichnung ergänzt werden. Außerdem soll die EU-Alkoholstrategie überarbeitet und um das konkrete Ziel ergänzt werden, den Alkoholkonsum unter Minderjährigen zu beseitigen.

Die Position des Ausschusses signalisiert, dass Alkohol ein zentrales Thema der EU-Gesundheitspolitik bleibt, während die Erzeuger, darunter auch der Weinsektor, mit weiteren Herausforderungen wie dem Klimawandel und einer schwachen Marktlage konfrontiert sind. Sollten die Vorschläge schließlich Gesetz werden, könnten sie für Alkoholunternehmen in der gesamten EU neue Kosten für die Einhaltung der Vorschriften und strengere Marketingbeschränkungen mit sich bringen.

In der Entschließung erinnerten die Abgeordneten an die erklärte Absicht der Kommission, im Rahmen des Krebsplans Zutatenverzeichnisse und Nährwertdeklarationen auf den Etiketten aller alkoholischen Getränke vorzuschreiben. Sie würdigten die Fortschritte, die Teile der Branche bei der digitalen Kennzeichnung erzielt haben, und verwiesen auf die Bemühungen des Weinsektors, Informationen zu Zutaten bereitzustellen. Gleichzeitig kritisierten sie die aus ihrer Sicht begrenzten

Fortschritte bei der Einführung verpflichtender Zutatenverzeichnisse, Nährwertdeklarationen und Gesundheitsinformationen für alle alkoholischen Getränke.

Der Ausschuss forderte die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, in die Prävention alkoholbedingter Schäden zu investieren. Neue Rechtsvorschriften sollten demnach dem Schutz Minderjähriger, junger Menschen und anderer schutzbedürftiger Gruppen besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Abgeordneten sprachen sich zudem für Aufklärungskampagnen aus, die sich insbesondere an Minderjährige richten und klar über alkoholbedingte Schäden informieren sollen. Außerdem sollen sie dazu beitragen, die gesundheitlichen Folgen schädlichen Alkoholkonsums verständlich zu machen, insbesondere bei einem Konsum oberhalb der in evidenzbasierten Gesundheitsempfehlungen genannten Mengen.

Die Entschließung fordert die Kommission außerdem auf, Maßnahmen auf EU-Ebene vorzuschlagen, um die Präsenz von Alkoholwerbung und anderen Formen der Vermarktung zu verringern, insbesondere bei Minderjährigen und in digitalen Umgebungen. Darüber hinaus spricht sie sich für regulatorische Maßnahmen aus, die Alkoholwerbung und -sponsoring an Orten verhindern, an denen Minderjährige erreicht werden könnten.

Die Bestimmungen zu Alkohol sind Teil eines umfassenderen Pakets zur Krebsprävention und zu den Ausgaben für die öffentliche Gesundheit. Einer Pressemitteilung des Ausschusses zufolge fordert die Entschließung, im mehrjährigen EU-Haushalt mindestens 10,05 Milliarden Euro für Gesundheit bereitzustellen, davon 2,5 Milliarden Euro speziell für Maßnahmen im Bereich Krebs. Der Text argumentiert, dass Prävention langfristig die kosteneffizienteste Strategie zur Krebsbekämpfung sei, und fordert zweckgebundene Mittel, um sowohl die Präventionspolitik als auch den Zugang zu Früherkennung, Diagnose und Behandlung zu verbessern.

Über Alkohol hinaus unterstützt die Entschließung auch Beschränkungen in anderen Bereichen der öffentlichen Gesundheit, darunter für alternative elektronische Tabakprodukte, höhere Verbrauchsteuern auf Tabak- und Nikotinprodukte sowie eine verpflichtende, EU-weit harmonisierte Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln.

Zur Begründung strengerer Maßnahmen im Bereich Alkohol verwies der Ausschuss auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Befunde der öffentlichen Gesundheit, die bereits in früheren EU-Debatten herangezogen wurden. Dem Text zufolge stuft die Internationale Agentur für Krebsforschung Ethanol in alkoholischen Getränken und das beim Ethanolabbau entstehende Acetaldehyd als für Menschen krebserregend ein. Er verweist außerdem auf Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, wonach bis zu 1 Million zusätzliche Krebsfälle zwischen 2023 und 2050 verhindert werden könnten, wenn die Ziele des Plans erreicht werden.

Der Berichterstatter des Ausschusses, Vlad Voiculescu, stellte die Frage in den größeren Zusammenhang vermeidbarer Todesfälle und gesellschaftlicher Verantwortung. „Jedes Jahr sterben 1,3 Millionen Europäer an Krebs. 40 % dieser Todesfälle sind vermeidbar“, sagte er laut Mitteilung des Ausschusses. „Mit diesem Bericht fordern wir eine stärkere Prävention, eine solide Finanzierung, die Verantwortung aller und eine patientenzentrierte Begleitung. Europas Plan zur Krebsbekämpfung könnte jedes Jahr bis zu einer halben Million Menschenleben retten.“

Die jüngste Abstimmung im Ausschuss folgt auf jahrelange politisch heikle Debatten in Brüssel darüber, wie weit die EU im Rahmen ihrer Gesundheitsagenda bei der Regulierung von Alkohol gehen sollte. Einige frühere Diskussionen stießen bei weinproduzierenden Ländern und Branchenverbänden auf heftigen Widerstand, insbesondere wenn die öffentliche Kommunikation den Eindruck erweckte, jeder Alkoholkonsum werde gleich behandelt. Der aktuelle Ausschusstext ist vorsichtiger formuliert und spricht wiederholt von schädlichem Alkoholkonsum statt von Alkoholkonsum schlechthin. Dennoch deuten die konkreten Vorschläge auf einen strengeren Regulierungsansatz hin, insbesondere bei Kennzeichnung, Werbung und dem Schutz junger Menschen vor Alkoholwerbung.

Für Weinproduzenten und andere Unternehmen der Alkoholbranche ist die Wortwahl wichtig, ebenso aber die vorgeschlagenen Verpflichtungen. Verpflichtende, gut sichtbare Gesundheitshinweise, umfassendere Angaben zu Nährwerten und Zutaten, Beschränkungen für Werbeaktivitäten und strengere Regeln für die Platzierung von Werbung könnten verändern, wie Produkte in der EU verkauft und vermarktet werden.

Der Weinsektor hat in früheren Debatten argumentiert, maßvoller Konsum dürfe nicht mit Missbrauch gleichgesetzt werden und Aufklärung statt pauschaler Beschränkungen müsse im Zentrum der Politik stehen. Fürsprecher der öffentlichen Gesundheit setzen sich dagegen für deutlichere Warnhinweise und strengere Kontrollen ein. Ihrer Ansicht nach erfordert die Krebsprävention entschlossenere Maßnahmen im Bereich Alkohol.

Die Abstimmung im Plenum wird zeigen, ob die Linie des Ausschusses breite Unterstützung im Parlament findet. Sollte dies der Fall sein, würde die Entschließung den politischen Druck auf die Europäische Kommission erhöhen, in den von den Abgeordneten genannten Bereichen Gesetzesvorschläge auszuarbeiten, darunter zur Kennzeichnung von Alkohol und zum Schutz Minderjähriger. Die Entschließung selbst schafft zwar kein verbindliches Recht, legt aber die vom Parlament bevorzugte Richtung fest und könnte die nächste Phase der EU-Gesundheitsregulierung beeinflussen, die Alkohol, Lebensmittelkennzeichnung und Krebsprävention betrifft.